

Bürgermeister für einen starken Automobilstandort Deutschland

- Für eine zukunftsfähige Automobilwirtschaft und einen Stopp der Deindustrialisierung
- Für eine Automobilwirtschaft als Innovationstreiber im globalen Transformationsprozess und große Schritte Richtung Klimaneutralität
- Für international wettbewerbsfähige Standortbedingungen
- Wir unterstützen sämtliche klimafreundliche Antriebstechnologien gleichermaßen

**Sehr geehrte Präsidentin der Europäischen Kommission,
sehr geehrte Kommissarinnen und Kommissare,**

wir, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bedeutender Automobilstandorte in Deutschland, wenden uns an Sie, um auf die akute Gefahr der Deindustrialisierung hinzuweisen. Die Automobilindustrie ist eine Schlüsselbranche für Wachstum, Innovation und Wohlstand in Europa. Wir fordern daher unverzügliche Maßnahmen, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und ihre industrielle Substanz zu erhalten.

Industriearbeitsplätze und industrielle Wertschöpfung sind nach wie vor die Basis unseres Wohlstands. Die Automobilwirtschaft nimmt dabei eine herausragende Rolle ein. Marken wie Mercedes, BMW, Audi, Volkswagen und Porsche stehen nicht nur für wirtschaftlichen Erfolg, sondern auch für die Leistungsfähigkeit und den Innovationsgeist unserer Unternehmen und Beschäftigten. Doch genau diese industrielle Substanz erodiert zunehmend – mit weitreichenden Folgen für Deutschland und Europa.

Immer weniger Autos werden bei uns gebaut. Hersteller und Zulieferer verlagern ihre Produktionsstandorte, bauen Arbeitsplätze ab oder schließen Produktionsstandorte ganz. Damit gerät die Grundlage unseres Wohlstands in Gefahr. Bereits heute ist Deutschland der wachstumsschwächste G7-Staat.

Die Automobilindustrie steht dabei vor immensen Herausforderungen: Sie soll ambitionierte Klimaziele erreichen und zugleich in einem globalen Markt bestehen, der durch zunehmende Handelshemmnisse und Marktverzerrungen geprägt ist.

Es ist viel Vertrauen zerstört worden, auch durch emotional aufgeladene Debatten und Beschlüsse sowie ruckartige Veränderungen der Förderkulissen. Gleichzeitig braucht es dringend Investitionen in neue industrielle Kapazitäten im Bereich der E-Mobilität, in den Ausbau der Schnellladesäulen, in die Wasserstoffproduktion und -versorgung und insbesondere den Ausbau der Stromnetze.

Darüber darf auch die soziale Frage nicht außer Acht gelassen werden: Fahrzeuge müssen für breite Bevölkerungsschichten bezahlbar bleiben.

Wirtschaftliche Dynamik entsteht durch Innovationsfreude, nicht durch Verbote. Europa braucht wieder eine echte Leistungs- und Wettbewerbskultur.

Doch unsere Automobilstandorte geraten zunehmend ins Hintertreffen – nicht nur durch hohe Kosten, sondern auch durch überbordende Bürokratie, lange Genehmigungsverfahren, einen Mangel an verfügbaren Flächen und einen zunehmenden Fachkräftemangel.

Zu den Kostentreibern zählen auch Strafzahlungen in Milliardenhöhe. Die aktuell geltenden CO₂-Flottengrenzwerte berücksichtigen nicht ausreichend die Transformationszyklen der Industrie. Innovationen wie synthetische Kraftstoffe und Wasserstoff brauchen Zeit zur Marktdurchdringung. Eine Aussetzung der Strafzahlungen ermöglicht Planungssicherheit und Investitionen in emissionsarme Technologien.

Wir Bürgermeisterinnen und Bürgermeister fordern von der EU-Kommission:

1. Ein klares Bekenntnis zur deutschen Automobil- und Automobilzuliefererindustrie als Schlüsselindustrie des Wirtschaftsstandorts und damit für Arbeit, Wohlstand und Stabilität!
2. Offenheit bei der Antriebstechnologie statt Verbrennerverbot. Neben der Elektromobilität sollen weitere klimafreundliche Antriebsarten inklusive Plug-In-Hybriden grundsätzlich ermöglicht werden.
3. Schaffen Sie gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa, damit eine exportorientierte und global ausgerichtete Automobilwirtschaft wieder hier investiert. Setzen Sie sich ein für offene Grenzen und Märkte, aber nur mit fairen Regeln für alle!
4. Die Strafzahlungen der Automobilhersteller an die EU wegen des Nichterreichens der CO₂-Flottengrenzwerte müssen ausgesetzt werden.
5. Fördern Sie Innovationskraft und technischen Fortschritt! Für Forschung und Entwicklung im Bereich der Automobilwirtschaft muss eine verlässliche und planbare Förderungskulisse etabliert werden. Hierzu zählen u.a. die Förderung von Wasserstoffantrieben und neuen Batterietechnologien mit der entsprechenden Infrastruktur, um eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Automobilwirtschaft in Europa zu sichern.
6. Der Ausbau von Schnellladesäulen und Stromnetzen muss massiv vorangetrieben werden. Hierfür braucht es auch ein europäisches Förderprogramm.
7. Der Transformationsprozess darf nicht zulasten der Bürger und Kommunen gehen.

**Europa braucht eine starke, wettbewerbsfähige Automobilindustrie.
Dafür ist jetzt Ihr entschlossenes Handeln gefragt.**

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Conradt

Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt
Saarbrücken



u.a. ZF

Über 30.000
Arbeitsplätze in der
Region



Dr. Frank Nopper

Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt
Stuttgart



Mercedes-Benz, Bosch,
Porsche, Mahle,
Daimler Truck AG

Über 220.000
Arbeitsplätze
in der Region



Dennis Weilmann

Oberbürgermeister
der Stadt
Wolfsburg



Volkswagen AG

Rund 90.000
Arbeitsplätze
in der Region



Simon Blümcke

Oberbürgermeister
der Stadt
Friedrichshafen



ZF

Rund 19.000
Arbeitsplätze in der
Region

Ein breites Bündnis unterstützt die Initiative „Bürgermeister für einen starken Automobilstandort“

Zu den Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichnern zählen:

OBin Eva Weber, Augsburg	Diverse Unternehmen, 14.000 Arbeitsplätze in Augsburg
Bm Armin Grassinger, Dingolfing	BMW Group, rund 30.000 Arbeitsplätze im Landkreis Dingolfing-Landau
OB Thomas Kufen, Essen	Opmobilty, Spicer Gelenkwellenbau, TMD, Trimet Aluminium, TK Automotive Technology rund 2.400 Arbeitsplätze
OB Christian Scharpf, Ingolstadt	AUDI AG, über 40.000 Arbeitsplätze in Ingolstadt
Bm Arne Moritz, Lippstadt	FORVIA HELLA, 11.000 Arbeitsplätze in der Region
OB Steffen Hertwig, Neckarsulm	AUDI AG, ca. 85.000 Arbeitsplätze in der Region Heilbronn-Franken
OBin Monika Müller, Rastatt	Mercedes-Benz, etwa 24.000 Arbeitsplätze im Landkreis
OB Richard Arnold, Schwäbisch Gmünd	Robert Bosch Automotive Steering GmbH, rund 13.000 Arbeitsplätze in der Region
OB Sebastian Remelé, Schweinfurt	ZF, Schäffler, SKF, Bosch-Rexroth, rund 30.000 Arbeitsplätze in Schweinfurt und der Region
OB Bernd Vöhringer, Sindelfingen	Mercedes-Benz, mehr als 40.000 Arbeitsplätze
OBin Constance Arndt, Zwickau	VW, mind. 30.000 Arbeitsplätze

Zu den weiteren Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern zählen:

OBin Katharina Pötter, Osnabrück

Diverse Unternehmen, 4.500 Arbeitsplätze
im Landkreis Osnabrück

OB Jürgen Dupper, Passau